

Stephan Weil

Niedersächsischer Ministerpräsident

**Niedersachsen in der Zeitenwende - ein Jahr russischer
Angriffskrieg auf die Ukraine**

Regierungserklärung vor dem Niedersächsischen Landtag am

22. Februar 2023

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

vor fast genau einem Jahr, in den Morgenstunden des 24. Februar 2022, begann mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ein Krieg mitten in Europa, nur zwei Flugstunden von uns entfernt, der uns bis heute in Atem hält.

Schon wenige Stunden nach Kriegsbeginn hatten wir hier im Landtag das erste Mal Gelegenheit, miteinander über die Konsequenzen zu diskutieren. Es ist interessant, sich heute noch einmal das Protokoll jener Sitzung durch zu lesen. Über alle Fraktionsgrenzen hinweg bestand Konsens über einige Grundsätze, die ganz genau so auch heute noch gelten:

1. Dieser Angriff ist durch nichts zu rechtfertigen. Er verstößt gegen alle Regeln des Völkerrechts, er ist ein Verbrechen!
2. Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes, wir sind solidarisch mit den Opfern dieses Angriffs!

3. Wir unterstützen die Menschen in der Ukraine aber auch aus eigenen Interessen: Es geht auch um unsere Sicherheit, es geht um das Selbstbestimmungsrecht der Völker!

4. Und auch das haben wir damals miteinander festgestellt: Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen, wir werden die Opfer des Krieges aufnehmen, die bei uns Zuflucht suchen!

Ein Jahr später ist es bedrückend zu sehen, dass dieser Krieg immer noch andauert. Tag für Tag sehen wir Bilder aus der Ukraine, die kaum auszuhalten sind. Tag für Tag sterben Menschen, werden Menschen durch Angriffe schwer verletzt, werden Städte zerstört und müssen Familien ihre Heimat verlassen.

Trotz alledem widersetzt sich das ukrainische Volk der Aggression und verteidigt die Unabhängigkeit seiner Heimat. Wir sind tief beeindruckt von dieser Haltung, sie ist zugleich auch eine Verpflichtung für uns! Wir sind und wir bleiben solidarisch an der Seite der Ukraine.

Anrede,

ja, es ist eine Zeitenwende, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz wenige Tage nach Kriegsbeginn im Deutschen Bundestag formuliert hat. Aber inzwischen können wir noch viel besser ermessen, wie groß die Auswirkungen dieses Krieges sind.

Besonders dramatisch sind diese Auswirkungen natürlich für die Ukraine selbst, die vielen Opfer und die Zerstörungen sind für das Land eine Katastrophe. Und uns allen muss klar sein, dass wir das

ukrainische Volk nicht nur im Krieg unterstützen, sondern dass wir auch nach einem möglichst baldigen Kriegsende beim Wiederaufbau helfen müssen.

Aber auch für uns in Deutschland und in Niedersachsen ist dieser Krieg ein Einschnitt:

- Die Aufnahme von hunderttausenden Menschen aus der Ukraine stellt uns vor große Herausforderungen und wir wissen noch nicht, was die Zukunft bringen wird.
- Für unsere Energieversorgung kann es kein „weiter so“ geben. Es wird kein Erdgas aus Russland mehr geben und wir müssen so schnell wie möglich komplett auf Erneuerbare Energien umsteigen. Auch dabei spielt Niedersachsen für ganz Deutschland eine entscheidende Rolle.
- Die alte europäische Sicherheitsordnung gilt nicht mehr und auch wir müssen unsere Sicherheitspolitik ändern. Niedersachsen ist der größte Bundeswehrstandort und wir werden diesen Wandel auch in unserem Land erleben. Das bedeutet auch, dass wir Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz einen höheren Stellenwert geben müssen.

Anrede,

noch vor wenigen Monaten schien es so, als würde Deutschland infolge des Krieges in der Ukraine in eine tiefe innere Krise geraten. Es drohte ein Energieversorgungsmangel mitten im Winter und die Energiepreise

schienen zu explodieren.

Inzwischen ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Wir werden in diesem und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch im nächsten Winter über genügend Energie für Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft verfügen. Die Speicher waren komplett leer und es ist erstaunlich schnell gelungen, sie wieder zu füllen. Dahinter verbirgt sich eine Leistung der Verantwortlichen auf Bundesebene, die große Anerkennung verdient.

Auch in Niedersachsen haben wir einen wichtigen Beitrag dazu geleistet. Wir werden das Erdgas aus Russland in den nächsten Jahren unter anderem durch Flüssiggas und später durch CO₂-neutralen Wasserstoff ersetzen müssen. Viele hätten nicht geglaubt, dass in wenigen Monaten möglich ist, die notwendigen Hafenterminals zu errichten. In Wilhelmshaven ist es dennoch gelungen und noch in diesem Jahr wird Stade nachziehen. Dahinter steckt ein Kraftakt, für den alle Beteiligten einen herzlichen Dank verdienen.

Daraus müssen wir aber auch Konsequenzen für unseres weiteres Vorgehen ziehen. Wir können schnell sein in Deutschland, das haben wir in Niedersachsen bewiesen. Beim Aufbau der Erneuerbaren Energien muss uns das wieder gelingen. Das ist die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre und die Landesregierung ist fest entschlossen, dabei wiederum voran zu gehen!

Die Energiepreise haben bei vielen Menschen und Unternehmen tiefe, zum Teil existentielle Befürchtungen ausgelöst und wir alle haben die sorgenvollen Gesichter aus dem Landtagswahlkampf noch in Erinnerung.

Vor einer Woche haben wir einen großen Kreis von Verbänden aus

ganz unterschiedlichen Bereichen eingeladen, um über die wirtschaftliche und soziale Situation zu beraten. Dieser Kreis war bereits vor fünf Monaten zusammengekommen, damals herrschte tiefer, tiefer Pessimismus über die Zukunftsaussichten.

Nun, in der vorletzten Woche herrschte eine andere Stimmung. Nicht in dem Sinne, dass alle Probleme gelöst seien, dass nun wirklich nicht.

Aber die entschiedenen Maßnahmen von Bund und Land haben ihre Wirkung nicht verfehlt, sie haben für Sicherheit gesorgt und eine leise Zuversicht verbreitet.

Dazu haben die Entlastungsmaßnahmen des Bundes beigetragen, vor allem der Energiepreisdeckel bei Strom und Gas. Übrigens, alle diese Maßnahmen werden zu einem guten Teil auch von den Ländern, auch von uns in Niedersachsen, mitfinanziert und schmälern natürlich die eigenen Möglichkeiten in anderen Bereichen. Immerhin mehr als 1,2 Milliarden Euro jährlich beträgt dieser Beitrag in der Summe. Aber das ist gut angelegtes Geld, um eine schwere Krise zu vermeiden, davon bin ich überzeugt.

Und auch wir als Land haben mit unserem Sofortprogramm von nahezu einer Milliarde Euro einen wichtigen Beitrag geleistet, auch das ist ausdrücklich in der letzten Woche von ganz unterschiedlichen Gruppen gewürdigt worden. Viele der Hilfen haben wir zuvor mit den betroffenen Gruppen zusammen erarbeitet, zum Beispiel die Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen. Deswegen gab es auch von der Wirtschaft hierzu in der vorletzten Woche eine ausschließlich positive Rückmeldung.

Das gilt allerdings nicht für manche Bereiche, in denen die Zusammenarbeit mit dem Bund noch zu wünschen lässt. Die Entlastung für die Studierenden ist dafür ein Beispiel und auch Hilfen für Kostensteigerungen bei Öl- und Pelletheizungen.

Gemeinsam mit den anderen Ländern werden wir darauf drängen, dass es hier endlich zu Fortschritten kommt.

Und noch etwas ist mir wichtig: So sehr diese Entlastungen viele Probleme abfedern, so wenig reichen sie aus, um unserer energieintensiven Industrie die notwendigen Perspektiven zu geben. Ein Beispiel sind derzeit viele Betriebe in der chemischen Industrie.

Diese Unternehmen konkurrieren allesamt am Weltmarkt und sie müssen zugleich große Investitionen für die Transformation stemmen. Das wird sie unter den heutigen Bedingungen überfordern.

Der Standort Deutschland und der Standort Niedersachsen müssen wettbewerbsfähig bleiben. Wir brauchen einen Industriestrompreis und zwar schnell. Dafür werde ich mich in den nächsten Wochen ganz besonders einsetzen.

Dennoch können wir unter dem Strich feststellen: Noch vor wenigen Wochen standen wir knapp vor einer sozialen und wirtschaftlichen Krise. Entwarnung können wir noch nicht geben, aber diese Krise ist nicht eingetreten. Unser Staat hat eine echte Bewährungsprobe gemeistert und bewiesen, dass er handlungsfähig ist und an der Seite der Bürgerinnen und Bürger steht. Putin wollte unsere Gesellschaft destabilisieren und dieser Plan ist gescheitert!

Anrede,

eine andere Herausforderung nimmt dagegen nicht ab, sondern wird zunehmend schwieriger – die Aufnahme der Geflüchteten in unserem Land.

Im letzten Jahr haben wir in Niedersachsen mehr als 130 000 Menschen aus anderen Ländern bei uns aufgenommen – eine Zahl so groß wie die Bevölkerungszahl von Wolfsburg. Und mehr als 110 000 Geflüchtete, mehr als achtzig Prozent davon stammen aus der Ukraine.

Um nicht missverstanden zu werden: Es gibt Länder, die sind noch sehr viel stärker betroffen als Deutschland – die Ukraine selbst oder Polen. Dennoch werden auch bei uns die praktischen Probleme der Unterbringung immer größer, denn in großen Teilen Niedersachsens haben wir angespannte Wohnungsmärkte.

Und groß sind auch die Anforderungen an das Bildungswesen. An unseren Schulen befinden sich mehr als 20 000 Kinder und Jugendliche, an den Kitas mehr als 2 000 Kinder aus der Ukraine – das erhöht noch einmal die ohnehin hohe Belastung der Beschäftigten. Deshalb haben wir auch zahlreiche zusätzliche Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Ukraine zusätzlich eingestellt. Das hilft den Kindern und Jugendlichen, aber auch den Schulen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass trotz all dieser Schwierigkeiten die Aufnahmebereitschaft in Niedersachsen unverändert hoch ist. Das gilt für die Kommunen, wo in vielen Fällen eine herausragende Arbeit geleistet wird, und für die Hilfsorganisationen. Das gilt für die

Beschäftigten in Schulen und Kitas und wieder ganz besonders für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe. Viele Helferinnen und Helfer engagieren sich seit 2015, andere sind jetzt dazu gekommen.

Besonders beeindruckt bin ich bei meinen Begegnungen immer wieder, dass unter den Helfenden auch Menschen sind, die 2015/16 selbst Hilfe gebraucht haben und jetzt etwas zurückgeben wollen. Und ebenso wie vor acht Jahren können wir sagen: Ohne die Unterstützung dieser Bürgerinnen und Bürger würde es kaum gelingen können.

All den genannten Gruppen einen herzlichen und tief empfundenen Dank!

Und wie geht es weiter? Die ehrliche Antwort lautet: Wir können es nicht abschätzen. Nach Beginn des Winters und der russischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur, vor allem auf die Energieversorgung, hatten wir die Erwartung, es würden noch viel mehr Menschen kommen. Das ist einstweilen nicht geschehen und die Tapferkeit des ukrainischen Volkes, der russischen Aggression zu widerstehen, ist beeindruckend.

Aber wir wissen nicht, was das Jahr 2023 noch bringen mag. Und deswegen müssen wir uns auf weitere Aufnahmen einstellen.

Das Land baut seine Unterkünfte von etwa 5000 vor Beginn des Krieges über 15000 heute auf 20 000 in den nächsten Monaten aus. Wir wollen vor allem den Kommunen einen besseren Planungsvorlauf ermöglichen. Und wir reden derzeit mit den Kommunen über die sogenannten Vorhaltekosten in dieser ungewissen Situation.

Auch wenn wir uns manchmal nicht auf Anhieb in allen Details einig sind, betrachten das Land und die niedersächsischen Kommunen die Aufnahme von geflüchteten Menschen unverändert als eine gemeinsame Aufgabe. Dafür bin ich sehr dankbar und deswegen profitieren die Kommunen auch in besonderer Weise von unserem Sofortprogramm und dem ersten Nachtrag.

Gemeinsame Erwartungen haben wir auch gegenüber dem Bund. Das gilt für die Bereitstellung von Unterkünften, vor allem aber auch für das finanzielle Engagement.

Ich nenne einmal das Beispiel unseres Landeshaushalts. Die Kosten für geflüchtete Menschen steigen in diesem Jahr unserer Erwartung nach auf knapp 1,2 Milliarden Euro, übrigens zu 90 Prozent Leistungen an die Kommunen, die Erstattung des Bundes gehen auf etwa 260 Millionen zurück, 40 Prozent weniger als im letzten Jahr – der Aufwand steigt, die Unterstützung des Bundes sinkt.

Das kann nicht sein. Ich erwarte deswegen zu dieser Frage intensive Gespräche zwischen Bund und Ländern in den nächsten Wochen. Kurz gesagt: Vom Bund wird mehr kommen müssen.

Und wie lange werden die Geflüchteten bleiben? Auch das wissen wir nicht, wir kennen nicht die weitere Kriegsentwicklung. Die Gewissheit, schnell wieder in die Heimat zurückkehren zu können, ist aber deutlich gesunken, das ist mein Eindruck nach vielen Gesprächen mit Betroffenen gerade auch in den letzten Wochen.

Viele werden länger bleiben und darauf müssen wir uns einstellen.

Das Land hat parallel zum Bund seine Sprachangebote noch einmal deutlich erhöht und auch die Integration in den Arbeitsmarkt treiben wir voran. Nach einer sehr erfolgreichen Premiere wollen wir in diesem Jahr Jobbörsen für Geflüchtete anbieten, die dort Unternehmen mit offenen Stellen kennenlernen können. Das kann beiden Seiten helfen, der Auftakt war jedenfalls verheißungsvoll.

Anrede,

und dann lassen Sie mich noch einen dritten Schwerpunkt ansprechen: Das Verhältnis zwischen der Ukraine und Deutschland beziehungsweise Niedersachsen.

Deutschland - so habe ich gelernt - dürfte inzwischen nach den USA dasjenige Land sein, das der Ukraine am meisten hilft. Bei der Aufnahme von Geflüchteten, ich habe darüber gesprochen.

Bei der zivilen Unterstützung in der Ukraine und auch bei der militärischen Ausstattung. Gerade in dieser Hinsicht war es ein weiter Weg von einem Land, das jahrzehntelang keine Waffen in ein Kriegsgebiet geliefert hat, bis zur Lieferung des Leopard. Das fällt vielen von uns schwer, aber es ist leider notwendig. Die Alternative zur Ausrüstung der ukrainischen Armee ist ein Sieg der russischen Aggression - das muss allen klar sein.

Und dennoch warne ich sehr davor, alle Bedenken gegenüber diesen Lieferungen mit leichter Hand abzutun. Es sind beileibe auch nicht alles heimliche Putin-Versteher, die diese Bedenken haben, sondern in vielen Fällen Menschen, die sich große Sorgen um den Weltfrieden

machen. Davor habe ich Respekt und dieser Respekt muss sich in einer ernsthaften Diskussion ausdrücken.

Wir haben schon genug Spaltung in unserer Gesellschaft, wir brauchen nicht mehr davon!

Es geht aber nicht nur um militärische Bedrohungen. Es geht auch um die Abwehr von Cyberangriffen, um den Schutz der kritischen Infrastruktur und unsere Reaktionsfähigkeit in Krisenlagen. Auch in dieser Hinsicht ist bereits manches geschehen, wenn ich zum Beispiel an unser ad-hoc-Programm zur Stärkung des Katastrophenschutzes denke. Aber wir werden in dieser Hinsicht konsequent weitermachen müssen, das ist völlig klar. Einer der nächsten Schritte ist die Einrichtung und Verankerung eines Landeskrisenstabes. Es geht also um eine systematische Optimierung unserer Sicherheitsstrukturen, an der wir in den nächsten Jahren arbeiten müssen.

Anrede,

heute steht aber natürlich etwas anderes im Vordergrund: Unsere Solidarität gebührt den Opfern dieses Krieges, den Überfallenen, die jetzt schon ein Jahr lang ihre Heimat verteidigen. Denn auch das sei gesagt: Kein Soldat der Ukraine steht auf russischem Territorium, aber hunderttausende russischer Soldaten auf ukrainischem Boden.

Diese Solidarität drückt sich aus in konkreter Hilfe, aber auch durch Zeichen der Verbundenheit. In diesem Sinne prüfen wir derzeit die Aufnahme einer Partnerschaft mit einer ukrainischen Region. Ein erstes Gespräch mit der Frau Generalkonsulin hat hierzu stattgefunden und demnächst werde ich diese Frage mit dem Botschafter der Ukraine

vertiefen. Wir wollen eine solche Partnerschaft.

In diesem Zusammenhang will ich auch kurz eingehen auf die Forderung, die bestehenden Partnerschaften mit russischen Regionen zu beenden. Derzeit und bis auf weiteres verbietet sich eine Zusammenarbeit, das liegt auf der Hand und dementsprechend sind die Kontakte seit einem Jahr eingefroren.

Aber wann auch immer und wie lange es auch dauern mag, eines Tages werden auch solche Aktivitäten zwischen Deutschland und Russland wieder notwendig sein.

Die Geografie lässt sich nun einmal nicht ändern, wie der französische Staatspräsident Macron vor wenigen Tagen gesagt hat, und die räumliche Nähe wird beide Länder immer verbinden.

Aber eine solche Zukunft liegt derzeit in weiter Ferne und setzt eine glaubwürdige Abkehr von jeder Form des russischen Imperialismus voraus. Wir haben unsere Lektion gelernt, sie ist bitter genug.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir die Bundeswehr mehr denn je. In Niedersachsen wissen wir seit Jahrzehnten, was wir an den Soldatinnen und Soldaten haben, sie sind in unserem Land ein sehr geschätzter Teil unserer Gesellschaft.

Nach einem übertriebenen Sparkurs in den letzten mehr als anderthalb Jahrzehnten liegt dort manches im Argen und die dringend notwendige Erneuerung wird auch im größten Bundeswehrland spürbar sein.

Als Land wollen wir dabei gerne jede Unterstützung leisten.

Das gilt übrigens auch in personeller Hinsicht: Die Bundeswehr hat jetzt einen Minister aus Niedersachsen und Boris Pistorius macht seine Sache hervorragend, finde ich!

Anrede,

das ist die Lage ein Jahr später und ein Ende dieses elenden Krieges ist noch nicht absehbar. Frieden für die Ukraine ist unser größter Wunsch und sicher das Beste für dieses Land, die Welt und auch für uns. Aber bis dahin mag es noch ein langer Weg sein und bis dahin müssen wir zu unseren Grundsätzen stehen:

Wir stehen an der Seite der Opfer dieser Aggression, wir unterstützen das ukrainische Volk so gut wir können und wir bieten den Geflüchteten Zuflucht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!